

# Nützliche Nachrichten 7/2006

## Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 7. August 2006

[dialogkreis@t-online.de](mailto:dialogkreis@t-online.de), [www.dialogkreis.de](http://www.dialogkreis.de)

---

## Der Kommentar

### Friedens- und Kriegsprozesse

Andreas Buro

Der furchtbare Krieg im Libanon und seine jahrzehntelange Vorgeschichte bestätigen erneut, dass Gewalt und Gegengewalt für die Völker nur Opfer, Zerstörung, Hass und Verfeindung bringen, aber weder Probleme lösen noch Kooperation zu aller Nutzen fördern. Zudem ist das militärische und politische Ergebnis von Kriegen höchst ungewiß. Der Irak-Krieg zeigt dies exemplarisch und fördert nicht gerade der „Libanon-Krieg“ die Regionalmachtstellung des Iran, was Israel immer verhindern wollte? Trotzdem wird sonderbarerweise immer wieder auf militärische Gewalt gesetzt, so als seien die führenden Eliten nicht lernfähig. Gewalt dominiert nun auch wiederum das türkisch-kurdische Verhältnis.

Friedensprozesse ohne militärische Gewalt sind mühsam und erfordern große Lernbereitschaft von Eliten und den Gesellschaften. Traditionelle Denkmuster und Verhaltensweisen müssen verändert werden. Feindbilder sind abzubauen. Nicht Rache nehmen, sondern Vertrauen schaffen, heißt die Devise. Dem entsprechend dürfen gewalttätige Provokationen nicht zu erneuten Gewalteskalationen führen, sondern nur zu gemeinsamen Bemühungen um deren Überwindung. Dazu müssen die „Friedenskräfte“ auf beiden Seiten gestärkt werden. Nur legitime und auch für die andere Seite annehmbare Ziele gilt es zu verfolgen, und vieles mehr, was Vertrauen und Kooperation schafft.

Für die Gesellschaften in den Nationalstaaten, deren Identität sich oft genug auch auf Feindbildern und falschen Selbstbildern gründet, sind dies schmerzliche Prozesse der Neuorientierung, die Zeit benötigen und zu inneren Auseinandersetzungen führen. Parteien, die um Wähler werben müssen, haben damit große Schwierigkeiten, da es für sie viel leichter ist, traditionell

gesicherte Werte bei ihrer Klientel anzusprechen, als diese zum Umdenken zu bewegen.

Die PKK hatte von 1999 bis 2004 mit ihrem einseitigen Waffenstillstand und der Bereitschaft, die „kurdische Frage“ innerhalb der Türkei in demokratischen Formen zu lösen, einen guten friedenspolitischen Ansatz. Sie hatte in der Phase der türkischen Reformpolitik damit auch einige Erfolge, die zu einer erheblichen Erleichterung des Lebens im Südosten des Landes führten. Der Ansatz, über die aus dem Gefängnis entlassene frühere kurdische Abgeordnete Leyla Zana einen neuen international geachteten, kurdischen Ansprechpartner zu präsentieren, scheiterte, da ihr von der kurdischen Bewegung kein eigenständiger politischer Spielraum zugestanden wurde. Gegenwärtig lautet deshalb immer noch die erste Forderung der PKK „Freiheit für Öcalan“ (s. Ereigniskalender), eine Forderung die gegenwärtig für jede Regierung in Ankara unerfüllbar ist und deshalb den Weg zum Frieden blockiert. Die Entlassung Öcalans aus dem Gefängnis kann nur am Ende eines Aussöhnungsprozesses stehen.

Die Beendigung des einseitigen Waffenstillstands der PKK im Juni 2004 geschah zu einem Zeitpunkt, in dem sich die AKP-Regierung bemühte, den Einfluß der Generalität im Rahmen der EU-Annäherung zurück zu drängen. Diese nutzte die Steilvorlage der PKK, um sich erneut als Verteidigerin der nationalen Einheit der Türkei zu profilieren. Die begrenzten militärischen Erfolge der PKK – Selbstmordanschläge von abgesplitterten Gruppen kamen dazu – waren und sind zugleich ihre politische Niederlage in Bezug auf eine Lösung der „Kurdenfrage“.

Die Erdogan-Regierung mußte auf Militärkurs umschwenken. Friedens- und Reformpolitik waren die Opferbeigaben. Die Vernichtung der PKK – auch bei Überlegungen zu Teilamnestien – ist wieder das Ziel. Der gemeinsame Druck von Regierung und Generalität auf die USA, gegen die Rückzugsbasis der PKK im Nordirak vorzugehen, ist so stark, dass die USA nun ernsthaft überlegen, wie sie die PKK dort ausschalten können, ohne das dortige kurdische Autonomiegebiet zu destabilisieren. Damit wird die PKK mit ihrem militärischen Kampf auch für die kurdische

Regierung in Erbil zum Problem, die bereits PKK-Büros schließen ließ und gegenüber der Türkei ihre Kooperationsbereitschaft zur Abwendung der Bedrohung der Türkei durch die PKK signalisierte.

Eingangs schrieb ich, das Ergebnis gewaltsamen Konfliktaustrages sei höchst ungewiss. Das zeigt sich erneut im türkisch-kurdischen Konflikt: Die auf Einmarsch in Nordirak drängende türkische Generalität ist gestärkt. Die USA, die bislang eine Invasion verhindert, wollen sich zunehmend der Bekämpfung der PKK im Nordirak zuwenden. Die Bevölkerung im Südosten erlebt erneut eine Verschlechterung ihrer Lebens- und Sicherheitssituation und die Friedensperspektive ist verschüttet.

Muß in dieser Situation nicht der einseitige Waffenstillstand der PKK wiederum ausgerufen und der politische Kampf um die Rechte der Kurden in der Türkei verstärkt werden? Dafür gibt es Ansätze wie die unten abgedruckte Erklärung von türkischen und kurdischen Intellektuellen zeigt.

## Ereignis-Kalender

### UNICEF ersucht die Türkei dringend, in kurdischer Sprache zu unterrichten

Der stellvertretende Leiter des „United Nations Children's Fund“ (UNICEF) ersuchte am 7. Juli 2006 die Türkei dringend, den Versuch zu unternehmen, die kurdischen Kinder in kurdischer Sprache zu unterrichten. Internationale Beispiele hätten ergeben, dass dies den Ausbildungsstandard verbessere.

Kurdisch in der Öffentlichkeit zu sprechen war in der Türkei verboten und obwohl das Verbot für den Rundfunk auf Forderung der Europäischen Union hin gelockert wurde, stellt es nach wie vor ein heikles politisches Problem dar.

Kul Gautam, stellvertretender Exekutivdirektor von UNICEF, berichtete, dass Beispiele aus mehrsprachigen Gemeinschaften in Bolivien und Indien zeigten, dass Kinder, die zuerst in ihrer Muttersprache unterrichtet wurden, sich besser entwickelten.

„Dies .... könnte eine Antwort sein, die es wert ist, bedacht zu werden. Eine Antwort für eine bessere Gesellschaft, bessere Ausbildungsmöglichkeiten, einen besseren Schulabschluss.“

Während in privaten Sprachschulen kurdisch unterrichtet werden darf – eine indo-europäische Sprache ohne Verbindung zum Türkischen – ist türkisch die einzige Sprache, die in Schulen unterrichtet wird.

Über Jahrzehnte hat Ankara die Existenz der Kurden als eine ethnische Gruppe nicht anerkannt und die Europäische Union, die im vergangenen Jahr Beitrittsgespräche mit der Türkei begonnen hat, hat die Türkei kritisiert, nicht genug für die Rechte der kurdischen Kultur zu tun.

„Ich denke, dass dies nicht als eine politische Angelegenheit angesehen, sondern als eine Angelegenheit, die sehr vorsichtig bedacht werden muss – als eine Bildungsangelegenheit, eine akademische Angelegenheit“ sagt Dautam.

Er führte auch aus, dass die Türkei, die 4% ihres Bruttosozialproduktes für Bildung ausgibt, im Verhältnis zu einem Durchschnitt von 5,5% innerhalb der Europäischen Union, mehr in Bildung investieren sollte. „Dies sollte nicht als Sozialfürsorge angesehen werden, sondern als eine höchst wirkungsvolle Investition in das wirtschaftliche Gedeihen und die nationale Entwicklung eines Landes und deshalb muss die Türkei mehr tun.“ (Reuters, 9.7.06)

## Türken sind von der EU enttäuscht

Immer weniger Türken haben eine gute Meinung von der Europäischen Union. In der Bevölkerung fiel die Zahl derjenigen, die ein positives Bild der EU haben, in den vergangenen sechs Monaten von 60 Prozent auf 43 Prozent, wie es in dem am 6. Juli 2006 veröffentlichten EU-Eurobarometer hieß.

Nur noch 35 Prozent der Türken bejahten im Frühjahr die Frage, ob sie der EU trauten. Im Herbst 2005 waren es noch 50 Prozent. Der Anteil der Neinstimmen stieg entsprechend um 17 Punkte auf 52 Prozent. Im Oktober begann die EU die Beitrittsgespräche mit der Türkei.

(Die Welt, 7.7.06)

## Rehn: Reformen in der Türkei derzeit auf "Sparflamme"

EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn ist mit dem Tempo der Reformen in der Türkei unzufrieden. Es sehe so aus, als hielte die Türkei ihre Reformpolitik "auf Sparflamme", kritisierte Rehn auf einer Pressekonferenz am 13. Juli 2006 in Helsinki. Gleichzeitig warnte der EU-Kommissar ausdrücklich davor, einen Konflikt heraufzubeschwören und einen möglichen Stopp der Verhandlungen mit der Türkei als "Teufel an die Wand zu malen".

Rehn sagte, die Türkei müsse insbesondere in den Bereichen Meinungsfreiheit, Rechte von Frauen, Berufsverbänden und Religionsfreiheit ihren Reformwillen bekräftigen und erneut entsprechende Maßnahmen setzen. Die Situation sei derzeit "eher grau als schwarz-weiß", weil etwa im Bereich der Frauenrechte die Türkei im vergangenen Jahr sehr wohl ein Gesetz erlassen habe, das mit dem Standard der skandinavischen Länder vergleichbar sei. In der Praxis gebe es jedoch noch Schwierigkeiten.

Der EU-Kommissar nannte den 24. Oktober als Termin für den Fortschrittsbericht der EU-Kommission über die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Das ist vier Tage nach dem informellen EU-Herbstgipfel in der finnischen Stadt Lahti. Wenn die Türkei sich bei den Reformen und in der Zypern-Frage an ihre Verpflichtungen halte, dann gebe es keinen Grund, die Verhandlungen abubrechen.

(Der Standard, 13.7.06)

## Kasper gegen EU-Beitritt ohne Garantien für Religionsfreiheit

Nach dem dritten Übergriff auf einen Priester in der Türkei innerhalb weniger Monate hat der Präsident des Päpstlichen Einheitsrats, Kardinal Walter Kasper, seine Forderung nach Garantie der Religionsfreiheit als Bedingung für einen EU-Beitritt des Landes bekräftigt. Solche Attacken seien keine Einzelfälle, sagte Kasper einer italienischen Tageszeitung. Sie könnten nur in einem Klima der Ausländerfeindlichkeit geschehen. In Istanbul wachse der islamistische Fundamentalismus, beklagte Kasper."

(rv 04.07.06 bg, Mesop, 12.7.06)

## Türkei-Kritiker auf der Anklagebank

Das türkische Höchstgericht hat eine sechsmonatige Haftstrafe auf Bewährung gegen den armenischen Journalisten Hrant Dink wegen "Verunglimpfung des Türkentums" bestätigt.

EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn ist enttäuscht. Dieses Urteil schränke die Meinungsfreiheit in der Türkei ein, sagte Rehn am 12. Juli 2006. Das erste Mal haben die Richter damit den Paragraphen 301 des neuen türkischen Strafgesetzbuchs auf höchster Ebene ausgelegt. Auf die "öffentliche Verunglimpfung der Republik und der Großen Türkischen Nationalversammlung" steht dort bis zu drei Jahre Haft.

Damit werde ein verbindlicher Präzedenzfall für Urteile auf Basis des umstrittenen Paragraphen geschaffen, befürchtet Rehn. Die Entscheidung zeige, dass die türkischen Gerichte nicht in der Lage seien, eine Urteilspraxis in Übereinstimmung mit EU-Standards zu etablieren. Die türkischen Behörden müssten den Paragraphen 301 dringend ändern, forderte der finnische Kommissar. Denn Meinungsfreiheit sei ein Herzstück der Demokratie und ein Schlüsselerfordernis der Kopenhagener Kriterien für den EU-Beitritt.

Dink, Chefredakteur der in Istanbul erscheinenden armenisch-türkischen Wochenzeitschrift "Agos", hatte in einer Kolumne vor gut zwei Jahren Überlegungen über die Massaker an christlichen Armeniern während des Niedergangs des osmanischen Reichs im ersten Weltkrieg und das Staatsbürgerschaftsverständnis in der Türkei angestellt. Letzteres solle nicht vom "Türkentum" gekennzeichnet sein, fand er.

Der stellvertretende Präsident des Europa-Parlamentes, Mario Mauro (Italien), hat in einem Brief an den EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn dazu aufgerufen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abzubrechen. Die Türkei verletze Grundrechte und -freiheiten, wie in dem Fall des armenischen Journalisten Hrant Dink deutlich werde. Mauro kritisierte, dass ein kürzlich ausgesprochenes Urteil gegen Dink wegen "Herabsetzung des Türkentums" vom Revisionsgerichtshof der Türkei bestätigt wurde. Weiter wies Mauro auf die mangelnde Religionsfreiheit in der Türkei hin und erinnerte an den Mord an dem italienischen Priester Andrea Santoro in Trabzon.

"Ich werde nicht schweigen", sagt Dink. Das bringt ihm viel Ärger mit Nationalisten und mit der Justiz ein. Seit Jahren sieht sich Dink immer wieder Gerichtsverfahren gegenüber. Dink will das Urteil vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg anfechten, doch seine Gegner geben keine Ruhe. Wegen eines Interviews kurz nach dem Gerichtsurteil, in dem er erneut vom Genozid sprach, leitete eine Staatsanwaltschaft in Istanbul auf Betreiben nationalistischer Anwälte ein neues Ermittlungsverfahren gegen Dink ein. Auch dabei geht es um den Vorwurf, der Journalist habe mit seinen Äußerungen das "Türkentum" beleidigt.

Türkische Intellektuelle sehen in der Prozesswelle gegen Dink ein Alarmzeichen. Mehr als 400 Autoren, Akademiker und Menschenrechtler solidarisierten sich in einer Zeitungsanzeige mit dem Journalisten.

Zur Zeit laufen gegen etwa 70 Intellektuelle wegen „Beleidigung des Türkentums“ Gerichtsverfahren. Zu den angeklagten gehört auch Noam Chomsky. Die Staatsanwaltschaft in Istanbul hat Noam Chomsky und Edward S. Herman wegen ihres Buches "Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media (1988)" angeklagt. Mit ihnen sind der Besitzer des Verlages Aram und die Herausgeber Amer Faruk Kurhan und Lütfi Taylan Tosun wegen Beleidigung des Türkentums, der Republik und des Parlaments (Artikel 301 TStG) und Aufstachelung zum Rassenhass (Artikel 216 TStG) angeklagt.

(Radikal vom 5.7.06; Wiener Zeitung, 13.7.06; ANF, 18.7.06, ISKU; Basler Zeitung, 19.7.06; taz und Wiener Zeitung, 20.7.06; taz und Bremer Nachrichten, 21.7.06)

## Verfahren gegen Öcalan wird nicht neu aufgerollt

Der Prozess gegen den Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, wird trotz Kritik des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs nicht neu aufgerollt.

Öcalan, der eine lebenslange Freiheitsstrafe absitzt, scheiterte mit seiner Forderung nach einem neuen Verfahren auch in zweiter Instanz. Ein Berufungsgericht bestätigte am 25. Juli 2006 die Entscheidung der ersten Instanz vom Februar, wonach der 1999 geführte Prozess gegen Öcalan nicht neu aufgerollt werden müsse. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg hatte den Prozess im vergangenen Jahr als nicht rechtsstaatlich kritisiert und der Türkei nahe gelegt, das Verfahren neu aufzurollen. (Tirol.com, 26.7.06)

## Ex-General gesteht Bombenanschläge

Die Geständnisse des pensionierten Generals und MHP-Mitglieds Altay Tokat in einer türkischen Zeitschrift, er habe in Diyarbakir und Umgebung zu Zeiten des Ausnahmezustandes Bomben legen lassen, um Richter und Beamte zur richtigen Linie zu bringen, haben in der Türkei zu Diskussionen geführt.

Anwaltskammer und Menschenrechtsorganisationen kündigten an, Strafanzeige zu stellen und riefen den Generalstab und die Regierung zum Handeln auf.

Tokat erklärte: „Auch ich habe in meiner Zeit an ein, zwei kritischen Punkten Bomben legen lassen. Es ging mir darum, eine Botschaft zu geben. Die Beamten und Richter, die aus dem Westen in die Region kamen, begriffen nicht den Ernst der Lage. Sie versuchten, die Sache leicht zu nehmen und bewegten sich vollkommen willkürlich. Um sie auf Linie zu bringen, habe ich in der Nähe ihrer Wohnsitze zweimal Bomben legen lassen.“

Die Anwaltskammer Diyarbakir sowie die Zentrale des Menschenrechtsvereins IHD in Ankara haben eine Strafanzeige gegen den pensionierten General gestartet und fordern eine Aufklärung der Vorfälle. Insbesondere der Generalstab müsse zu diesem Thema aktiv werden, erklärte der IHD-Vorsitzende Yusuf Atlas.

Der CHP-Abgeordnete Esat Canan aus Hakkari, Mitglied der parlamentarischen Menschenrechtskommission, die sich mit dem Semdinli-Fall befasste, bezeichnete die Verlautbarungen des Ex-Generals als „Geständnis für Semdinli“: „Diese Erklärung bestätigt den Semdinli-Vorfall und ist Ausdruck dafür, dass nicht nur in Semdinli, sondern auch die 18 Bombenanschläge in Hakkari in ähnlicher Weise durchgeführt wurden. Das ist natürlich keine Überraschung, die Bürger wissen das ohnehin. Wichtig ist, dass erstmalig ein Verantwortlicher dazu ein Geständnis ablegt.“

Der Generalstab hat unterdessen Ermittlungen zu dem Fall begonnen, wie die Tageszeitungen Ende Juli mitteilten.

(ANF/DIHA, 28.7.06, ISKU; Yeni Özgür Politika, 2.8.06)

## Türkischer Einmarsch nach Irakisch-Kurdistan?

Mit der Zunahme der Verluste der türkischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen die kurdischen PKK-Guerilla in den vergangenen Wochen und Monaten stationierte die Türkei über 250.000 Soldaten mit schweren Kriegsgeräten in den kurdischen Gebieten, um die PKK-Camps in Irakisch-Kurdistan möglicherweise anzugreifen. Für die Einheiten im Grenzgebiet gelte eine Urlaubssperre.

Die Türkei hat in der nahen Vergangenheit 24 Mal die Grenze zu Irak überschritten, das letzte Mal im Mai 1997 mit über 50.000 Soldaten und musste sich nach vier Wochen mit hohen Verlusten zurückziehen.

Gegen den erneuten Wunsch Ankaras nach Irakisch-Kurdistan einzudringen, stellen sich die Regionalregierung Kurdistan mit Sitz in Hewler/Arbil und die USA quer. Mesud Barzani als Präsident Kurdistans und viele Minister der kurdischen Regierung haben in den vergangenen Tagen öfters erklärt, dass das eigentliche Problem in der Türkei liege und die Türkei das Kurdenproblem mit friedlichen Mittel im Dialog mit den Konfliktparteien zu lösen habe. Ferner böten sie an, bei der Suche nach einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage behilflich zu sein.

Der Staatsminister der Regierung Kurdistans, Dr. Muhammed Ihsan, erklärte, die Türkei habe nicht das Recht, die Grenzen Südkurdistans zu überschreiten. Bei den geplanten Gesprächen gehe es um die geplante Militäroperation. Die Hauptquartiere der PKK lägen nicht einmal in der südkurdischen Region, sondern auf dem Territorium der Türkei, weshalb die Türkei dieses Problem auch nicht in Südkurdistan, sondern im eigenen Land lösen müsse.

Was die Hauptquartier der PKK in den Kandilbergen an den Grenzen Iraks zu Iran angeht, bombardiert der Iran stellvertretend auch für die Türkei seit dem Frühjahr ununterbrochen.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan wies in ungewöhnlich scharfer Form Vorbehalte der USA gegen eine mögliche türkische Militärintervention im Nordirak zurück. Als Reaktion auf Äußerungen des US-Botschafters in Ankara, Ross Wilson, sagte Erdogan in Anspielung auf den israelischen Angriff im Libanon: "Wir können keine Haltung akzeptieren, die ein solches Vorgehen im Land A toleriert, bei Land B aber mit anderen Maßstäben misst. Terrorismus ist überall Terrorismus."

Wilson hatte zuvor gesagt, einseitige Militäraktionen über die Grenze in den Irak hinein seien "nicht klug". Die Türkei unterliege einem Irrtum, wenn sie glaube, die kurdische PKK mit einem Angriff auf deren Verstecke im Nordirak besiegen zu können.

Dennoch bekräftigte Erdogan noch einmal, dass die militärischen Vorbereitungen für eine Intervention gegen die Basen der PKK im Nordirak weitergehen. "Wir wissen selbst was wir zu tun haben", sagte er an die Adresse Washingtons, "wir werden uns für den geeigneten Moment vorbereiten".

Der Iran hat einem Zeitungsbericht zufolge seine Zustimmung zu einem möglichen türkischen Militäreinsatz im Nordirak signalisiert. Sein Land sei bereit, den Kampf des Nachbarn Türkei gegen Terroristen zu unterstützen, sagte der iranische Botschafter in Ankara, Firuz Devletabadi, nach einem Bericht der türkischen Zeitung "Zaman" vom 19. Juli. Der iranische Botschafter warf den USA vor, mit zweierlei Maß zu messen, weil Washington die israelischen Angriffe im Libanon rechtfertige, gleichzeitig aber eine türkische Intervention im Irak ablehne.

Der irakische Präsident, der Kurde Jalai Talabani versicherte der Türkei, er werde mit ihr eng zusammenarbeiten, um die Bedrohung der Türkei durch die PKK von irakischem Boden aus abzuwenden. Die meisten Büros der PKK und von PKK-Nahen Organisationen seien bereits geschlossen worden. Die Regierung von Irakisch-Kurdistan sei auch bereit, in dem trilateralen Mechanismus von USA, Türkei und Irak zur Bekämpfung der PKK mitzuarbeiten. Die US-Administration erklärte, dass sie ein PKK-Beauftragten benennen werde, um sich intensiver mit der Problematik auseinanderzusetzen.

Des weiteren teilte die Zeitung Sabah am 30. Juli mit, dass in den oberen Etagen des türkischen Staates ein Konzept ausgearbeitet wurde. Türkische Beamten hätten diesbezüglich mit den kurdischen Führern im Irak, Talabani und Barzani, gesprochen, damit sie die PKK überzeugen, die Waffen niederzulegen. Mit einer Amnestie sollen außer den Führungskadern der PKK alle anderen Mitglieder und Kämpfer in die Türkei zurückkehren dürfen und die restlichen 450 hochrangigen Funktionäre von einem nordeuropäischen Land aufgenommen werden.

(Deutsche Welle, Der Standard, Die Presse und Kurier, 20.7.06, FR, 21.7.06; junge Welt, 22.7.06; ANF, 28.7.06, Sabah, 30.7.06; The New Anatolien/Ankara 7. 8. 2006)

### **„Die Entwaffnung der Guerilla hängt von der Freilassung von Öcalan ab“**

„In den letzten Tagen werden Diskussionen geführt, um die Guerilla zu entwaffnen und aus den Bergen zu holen. Wir verfolgen diese Verhandlungen zwischen internationalen und regionalen Mächten sowie der Türkei. (...)

Die Guerilla ist seit 20 Jahren eine historisch erfahrene und von unserem Volk anerkannte und unterstützte Kraft, die in den freien Bergen Kurdistans beheimatet ist.

Die Guerilla gilt als Garant für Rechte und Freiheit des kurdischen Volkes sowie unseres Präsidenten Abdullah Öcalan. Dass die Guerilla immer noch in den Bergen kämpfen muss, liegt daran, dass die Rechte unseres Volkes nicht anerkannt sind und die Unterdrückung, bis zur Vernichtung des Existenzrechts des kurdischen Volkes, nicht beendet ist. Wer über die Entwaffnung der Guerilla diskutiert, müsste im Voraus wissen, warum die Guerilla in die Berge gegangen ist, sonst kann man nicht zu einer wahren Erkenntnis kommen.

Es kann nur dann zu einer Entwaffnung kommen, wenn die Politik der Verleugnung und Vernichtung gegenüber unserem Volk beendet und die Freilassung von A. Öcalan ermöglicht wird sowie Grundlagen für ein freies Leben geschaffen werden. (...)

Die Guerillas werden keinen Plänen zustimmen, die die Rechte und die Freilassung von Abdullah Öcalan sowie des kurdischen Volkes nicht miteinbeziehen. Wir werden niemals die Bemühungen akzeptieren, die nicht diesen Tatsachen entsprechen.

Aus diesem Grund können nur unser Präsident A. Öcalan, unsere Freiheitsbewegung und unser Volk darüber entscheiden, ob die Guerilla zu entwaffnen ist und aus den Bergen kommen soll.

Die Grundlagen für die Entwaffnung der Guerilla und Rückkehr aus den Bergen sind nur dann gegeben, wenn die Rechte und die Freiheit des kurdischen Volkes, sowie Abdullah Öcalans anerkannt und gesichert sind.“

(HPG-Hauptquartier-Kommandorat, 4.8.06)

### **Türkisch-kurdische Intellektuelle fordern eine friedenspolitische Lösung**

Seit zwei Jahren tobt wieder Krieg in den kurdischen Gebieten und im Westen der Türkei. Quer durch das Land kommen fast jeden Tag neue Särge mit den Leichnamen der getöteten Kurden und Türken an. Kampfjets, Panzer, Minen und Bomben, Unsicherheit, Hoffnungslosigkeit, Hass und Nationalismus prägen das Alltagsleben von Millionen Menschen. Die Klagelieder der Opfer, die Hilferufe der kurdischen

Zivilbevölkerung, die Initiativen der kurdisch-türkischen Friedens- und Menschenrechtsbewegung wurden überhört. Weder aus Ankara und Istanbul, noch aus Brüssel oder Berlin gab es eine friedenspolitische Antwort.

### „Wir sitzen alle im selben Boot“

Seit dem letzten Sommer melden sich jedoch Intellektuelle der Türkei zu Wort und fordern eine friedlich-demokratische Lösung der Kurdenfrage. Am 31. Juli 2006 wandten sich namhafte Persönlichkeiten der türkisch-kurdischen Gesellschaft in einem 14 Punkte-Katalog an die Öffentlichkeit, um diese seit Jahrzehnten blutende Wunde, die die Ressourcen der türkisch-kurdischen Gesellschaft vergeudet, zu heilen.

„Wir sitzen im alle im selben Boot“ sagen die unterzeichnenden Intellektuellen, Schriftsteller, Akademiker, Industriellen, Gewerkschafter, Journalisten, Juristen sowie AktivistInnen der Frauen- und Menschenrechtsbewegung: „Bestimmte Ecken dieses Landes sind nicht weniger wertvoll als andere. Wenn in einer anderen Ecke der Türkei ein Leid herrscht, dann geht auch mich das etwas an“ heißt es in dem Appell. „Wir sitzen alle im selben Boot, Frauen, Männer, Kurden, Türken, Aleviten, Migranten, Arbeitslose, Jugendliche mit Zukunftsangst, Menschen in den Vorstädten/Slums, die sich um ein würdiges Leben bemühen, Minderheiten, Gewaltopfer und solche, die unbewusst die Gewalt schüren... Wir sind Reisende auf dem gleichen Weg, Weggefährten... Gleichgültig, ob uns das bewusst ist oder nicht.“

Wir wollen keine polarisierte Türkei, die in Kategorien wie kemalistisch – religiös, Türken – Kurden unterteilt ist. Wir weigern uns, Teil einer solchen Polarisierung zu sein. Wir verteidigen jede Art von Farbe und Zwischentönen, Brücken und Synthesen...“

Dieser Appell ging aus einem ‚runden Tisch‘ Anfang Juni in Istanbul hervor.

Lösungsvorschläge der 38 Unterzeichner:

In der Suche nach einer Lösung der Kurdenfrage erkennen wir politische, rechtliche, wirtschaftliche, kulturelle und internationale Dimensionen. Einhergehend mit der Einbeziehung dieser Dimensionen schlagen wir vor, die Bedeutung der menschlichen Dimension zu begreifen und in den Vordergrund zu stellen. Damit Gewalt und Terror in unserem Land für immer verschwinden, muss endlich begriffen werden, dass mit Waffengewalt keine Politik gemacht und das Ringen um Erlangung von Rechten nicht über Drohungen und Gewalt zum schweigen gebracht werden kann.

Wir schlagen vor, die Angelegenheit nicht auf der Basis von „Treue und Verrat“ zu betrachten und den nationalistischen Reflex zu brechen, mit dem jeder kritische Gedanke als potentieller Verrat belegt wird.

Um eine „Gesellschaft“ sein zu können und in dieser Gesellschaft friedlich miteinander leben zu können, schlagen wir vor, die Wichtigkeit anzuerkennen, unsere Schmerzen gegenseitig zu achten und unsere Trauer zu teilen.

Um begreiflich zu machen, dass eine bleibende Lösung nicht von außerhalb der Türkei kommen kann, sondern direkt von uns selbst kommen muss, und dass eine solche nicht militärisch sein kann, sondern zivil sein muss, schlagen wir vor, dass entsprechende Schritte unternommen werden.

Wir schlagen vor, dass eingesehen wird, dass die kurdische Frage nicht eindimensional ist und eine Lösung viele Akteure vorweisen muss.

Auch wenn es nur einen begrenzten Einfluss haben wird, schlagen wir vor, Lösungen und Initiativen für die Verbesserung der menschlichen Situation nicht gering zu schätzen und zu

begreifen, welches großes Bedürfnis nach Schritten aus der Zivilgesellschaft für einen gesellschaftlichen Frieden besteht.

Wir schlagen vor, den Problemen von Frauen besondere Aufmerksamkeit zu widmen und die Bedeutung einer unabhängigen Frauenbewegung zu begreifen.

Wir schlagen vor, dass die Notwendigkeit begriffen wird, sich mit den Problemen kurdischer Familien und insbesondere ihrer Kinder zu befassen, die von den Dörfern in die Metropolen der [kurdischen] Region oder in den Westen des Landes vertrieben wurden; dass eine Politik entworfen und Projekte eingeleitet werden, die die Opfer der Zwangsräumungen dabei unterstützt, ein neues Leben zu begründen.

Wir schlagen vor, dass gegen Ehrenmorde eine breit angelegte Kampagne zur Erhöhung des Bewusstseins in der gesamten Gesellschaft gestartet wird und Politiker und Entscheidungsträger zu konkreterem Vorgehen angeregt werden.

Wir schlagen vor, dass die Wichtigkeit des Gebrauchs der Muttersprache in der schulischen Erziehung für die Menschen der Region begriffen wird und dass Zweisprachigkeit sowie Multikulturalität als ein Recht angesehen werden.

Wir schlagen vor, dass die Dörfer im Südosten, deren Namen geändert wurden, ihre alten Namen wieder erhalten und Menschen ihren Kindern den Namen geben können, den sie wollen.

Wir schlagen vor, dass ein neuer Sprachgebrauch entwickelt wird, der fern von gesteigerten Hass- und Gewalttendenzen ist und dass wir einander zuhören, uns verstehen und uns verzeihen können.

Wir schlagen vor, dass eingesehen wird, dass wir alle letztendlich den gleichen öffentlichen Raum teilen und gleiche Werte und Interessen haben.

(Unterzeichner: Prof. Dr. Ahmet Insel (Lehrbeauftragter an der Galatasaray Universität, Fachbereich Wirtschaft), Doz. Dr. Ahmet Icduygu (Koc Universität, Fachbereich Internationale Beziehungen), Ali Bayramoglu (Journalist, Schriftsteller), Ayse Gül Altinay (Sabanci Universität), Ayhan Bilgen (Vorsitzender von MAZLUM-DER), Can Paker (Vorsitzender von TESEV), Derya Sazak (Journalist, Schriftsteller, Milliyet), Ece Temelkuran (Journalistin, Schriftstellerin, Milliyet), Elif Safak (Schriftstellerin - Bahcesehir Universität), Prof. Dr. Erol Katircioglu (Bilgi Universität, Journalist), Eyüp Can (Redaktionsleiter der Zeitung Referans), Prof. Dr. Fazıl Hüsnü Erdem (Dicle Universität, Fachbereich Öffentliches Recht), Doz. Dr. Ferhat Kentel (Bilgi Universität, Fachbereich Soziologie), Prof. Dr. Fuat Keyman (Koc Universität, Fachbereich Internationale Beziehungen), Prof. Dr. Gencay Gürsoy, Ibrahim Betil (Stiftung Freiwillige der Gesellschaft), Kutbettin Arzu (Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer Diyarbakır), Mesut Öztürk (ehemaliger Bürgermeister von Van), Dr. Mesut Yegen (ODTÜ Universität, Fachbereich Soziologie), Doz. Dr. Mithat Sancar (Ankara Universität, Fachbereich Jura), Prof. Dr. Murat Belge (Schriftsteller, Bilgi Universität, Fachbereich Literatur), Muharrem Erbey (Beraterin der Stadtverwaltung Diyarbakır), Mustafa Karaalioglu (Redaktionsleiter der Zeitung Yeni Safak), Nebahat Akkoc (Frauenzentrum KAMER), Necdet İpekyüz (Ärztchamber Diyarbakır), Osman Kavala (TESEV), Oya Baydar (Friedensaktivist, Schriftsteller) Ömer Laciner (Birikim), Rojbin Tugan (Jurist und Menschenrechtsaktivistin aus Hakkari), Sabih Atac (Anwaltskammer Batman), Salim Uslu (Vorsitzender der Gewerkschaft HAK-İS), Sedat Yurtdas (Schriftsteller, Stellvertretender Vorsitzender von DTP), Sezgin Tanriku (Vorsitzender der Anwaltskammer Diyarbakır), Sahismail Bedirhanoglu (Verein der Industriellen und Arbeitgeber im Südosten), Tahir Dadak (Aufschwungskooperative Diyarbakır), Tarhan Erdem (Journalist, Schriftsteller), Yusuf Alatas (Menschenrechtsvereins IHD), Zozan Özgökce (Frauenverein Van)

(PM des Dialog-Kreises, 3.8.06)

## **Straßburg: Urteil gegen die Türkei**

Die Türkei ist vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erneut wegen Verstoßes gegen die Pressefreiheit verurteilt worden. Die Richter in Straßburg gaben am 25. Juli 2006 dem Herausgeber einer Zeitung und einem Journalisten Recht, die wegen der Veröffentlichung eines pro-kurdischen Artikels zu Haft- beziehungsweise Geldstrafen verurteilt worden waren. Zugleich wiesen sie Ankara an, den Klägern zusammen 12.000 Euro an Schmerzensgeld zu zahlen. Die Zeitung Özgür Bakis hatte im Jahre 2000 einen Brief und einen Artikel veröffentlicht, die von einem Mitglied der PKK verfasst worden waren. Darin ging es um den Prozess gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Der Chefredakteur der Zeitung wurde anschließend wegen „separatistischer Propaganda“ zu 13 Monaten Haft verurteilt, der Herausgeber zu mehreren Geldbußen.

(junge Welt, 26.07.2006)

## **Grundstein für Ilisu-Staudamm ist Grabstein für Menschen und Kultur**

Am 5. August 2006 erfolgte in Anwesenheit von Ministerpräsident Recep Erdogan die Grundsteinlegung des Ilisu-Staudamms. Damit will die Türkei ein Zeichen setzen, dass dem Bau des 2002 gescheiterten Megakraftwerks diesmal nichts im Wege stehen soll. Damals hatten sich internationale Baufirmen wegen ökologischer und sozialer Bedenken vom Projekt zurückgezogen. Doch auch vier Jahre später gibt der Plan, den 110 km langen Stausee zu bauen, Anlass zu heftiger Kritik. 55.000 Menschen wären direkt betroffen und mehrere tausend Jahre alte Kulturgüter würden überschwemmt.

Die lokale Initiative "Rettet Hasankeyf" hat aus diesen Gründen am 4. August vor Ort protestiert und mit einem Konzert und einer Pressekonferenz den Widerstand der Bevölkerung gegen das Projekt öffentlich gemacht. Zahlreiche Bürgermeister der Region, Umweltschützer und Menschenrechtsaktivisten haben sich daran beteiligt. Auch der Oberbürgermeister der nahen Großstadt Diyarbakir, Osman Baydemir, nahm an den Protesten teil. "Die Grundsteinlegung ist eine Respektlosigkeit gegen unser kulturelles Erbe", sagte er bei einer Pressekonferenz in der von Überflutung bedrohten Stadt Hasankeyf. Caglayan Ayhan von der Initiative „Rettet Hasankeyf“ rief die Anwesenden auf: „Lasst nicht zu, dass 10.000 Jahre Geschichte zerstört werden. Dies ist der Schlüssel zur regionalen Entwicklung.“

Die Grundsteinlegung zum jetzigen Zeitpunkt soll offensichtlich dazu dienen, Fakten zu schaffen, ohne der vorgeschriebenen Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung den nötigen Raum zu geben. Angesichts der gravierenden Mängel des Projekts und des deutlichen Widerstands der betroffenen Bevölkerung fordert Heike Drillisch von der Nichtregierungsorganisation WEED die Bundesregierung erneut auf, keine Hermesbürgschaft für das umstrittene Projekt zu genehmigen. "Eine Zusage gegen den erklärten Willen der betroffenen Bevölkerung verletzt Menschenwürde und internationale Standards. Keine europäische Regierung sollte sich mit einem derart skandalösen Projekt in Verbindung bringen." Die grundlegenden Probleme des Projekts seien trotz Nachbesserungen an Umweltverträglichkeitsprüfung und Umsiedlungsplan, die das Baukonsortium im Juni 2006 vorgestellt hat, nach wie vor ungelöst.

Selbst die rechtlichen Grundlagen für die Projektdurchführung sind nicht gegeben, da der zuständige Rat zum Schutz kultureller Werte seine Zustimmung bisher nicht erteilt hat. Entgegen anders lautenden Aussagen Erdogans steht auch die

Finanzierung des Projekts noch keineswegs: Die Exportkreditagenturen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz haben bisher nicht über staatliche Bürgschaften für den Staudamm entschieden. Ohne Finanzierung sind auch die für das Projekt geschlossenen Lieferverträge mit den internationalen Konsortialpartnern ungültig.

Weitere Informationen: Heike Drillisch, Tel. 0177 – 345 26 11 oder E-Mail [heike.drillisch@weed-online.org](mailto:heike.drillisch@weed-online.org), [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org) (WEED, 5.8.06)

## **Strafbefehl gegen Pastorin wegen Kirchenasyl**

„Das Amtsgericht Menden hat einen Strafbefehl gegen Frau Monika Weingärtner-Hermanni, evangelische Pastorin aus Menden-Lendringsen, erlassen, weil sie zusammen mit ihrer Gemeinde einer von Abschiebung bedrohten kurdischen Familie Kirchenasyl gewährt hat. Der Strafbefehl in Höhe von 3.000 Euro ist mit "Einschleusen von Ausländern" begründet worden.

Das Kirchenasyl ist eine solidarische Bewegung innerhalb der Kirchen, die seit einigen Jahren durch Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen unmenschliche Gesetze, die Abschiebung der Flüchtlinge zu verhindern sucht.

Ziviler Ungehorsam gegen Gesetze, die gegen die Prinzipien der Menschlichkeit verstossen, stellt eine bewusste Regelverletzung dar. Wer zivilen Ungehorsam praktiziert, sieht sich einer höheren moralischen Verpflichtung unterworfen, als derjenigen des geltenden (Un-)Rechts“ teilte die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum am 30. Juli 2006 mit.

Die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum erklärte sich mit Pastorin Monika Weingärtner-Hermanni solidarisch und sprach den Kirchenasyl Dank aus für die großartige und menschliche Geste, die mit diesem Schritt zivilen Ungehorsams verbunden ist.

(Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum, 30.7.06, [mfh-bochum@gmx.de](mailto:mfh-bochum@gmx.de), [www.mfh-bochum.de](http://www.mfh-bochum.de))

## **14. internationales kurdisches Kulturfestival**

14. internationales kurdisches Kulturfestival findet am 2. September unter dem Motto „Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan“ in Gelsenkirchen statt.

Infos: Tel:+49(0)2111711451, [festival2006ge@yahoo.de](mailto:festival2006ge@yahoo.de)

## **Hinweis auf sonstige Infostellen**

Azadi, [azadi@t-online.de](mailto:azadi@t-online.de); [www.nadir.org/azadi/](http://www.nadir.org/azadi/)

DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, [info@tuerkeiforum.net](mailto:info@tuerkeiforum.net), [www.tuerkeiforum.net](http://www.tuerkeiforum.net)

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., [isku@nadir.org](mailto:isku@nadir.org); [www.nadir.org/isku/](http://www.nadir.org/isku/)

Kurdistan Report, [www.kurdistanreport.de](http://www.kurdistanreport.de)

Kurdistan Rundbrief, [www.kurdistan-rundbrief.de](http://www.kurdistan-rundbrief.de)

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), [kdi@gmx.net](mailto:kdi@gmx.net)

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), [kds-info@gmx.net](mailto:kds-info@gmx.net)

Mezopotamian Development Society, [MESOP@online.de](mailto:MESOP@online.de)

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., [info@navend.de](mailto:info@navend.de), <http://www.navend.de/>

Kurdisches PEN-Zentrum, [webmaster@pen-kurd.org](mailto:webmaster@pen-kurd.org), <http://www.pen-kurd.org/>